Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
Abkürzungsverzeichnis XVII

1. Teil. Einführung in das Europäische Arbeitsrecht

A. Grundlagen 1
I. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung des Europäischen Arbeitsrechtes im Wirtschaftsleben der Europäischen Union 5
1. Die arbeitsrechtlichen Interessen der Arbeitnehmer 5
a) Arbeit als Selbstverwirklichung des Menschen 5
b) Der Arbeitsplatz als Lebensraum des Arbeitnehmers 5
2. Arbeitgeberinteressen im Europäischen Arbeitsrecht 6
a) Arbeitsrecht als Gestaltungsinstrument von Arbeitsbedingungen . 6
b) Arbeitsrecht und unternehmerische Entscheidungsfreiheit 6
c) Sanktionen des Arbeitsrechts 6
d) Arbeitsrecht als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor 6
II. Die Bedeutung des Europäischen Arbeitsrechtes für das Zusammenwachsen der nationalen Mitgliedstaaten zu der Europäischen Union . 7
III. Die Stellung des Europäischen Arbeitsrechtes im Wirtschaftsleben der EU 9
1. Der fehlende Begriff des „Europäischen Arbeitsrechtes" in den Römischen Verträgen 9
2. Das „Europäische Arbeitsrecht" als unselbständiger Bestandteil des Europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsrechts 10
B. Die Entstehungsgeschichte des Europäischen Arbeitsrechtes 12
I. Die frühen Anfänge des Europäischen Arbeitsrechtes (1947–1957) . . . 12
1. Das „Arbeitsrecht" des EGKS-Vertrages 13
2. Das Arbeitsrecht des EWG-Vertrages 13
3. „Europäisches Arbeitsrecht" im EURATOM-Vertrag 14
II. Die Konstituierung des Europäischen Arbeitsrechtes (1957–1980) . . . 15
1. Erste Phase: Europäischer Sozialfonds und „erstes" sozialpolitisches Aktionsprogramm (1960–1974) 15
2. Zweite Phase: Die Blütezeit des Europäischen Arbeitsrechtes (1974–1980) 16
III. Die Stagnation der Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes (1980–1984) 18
VI. Neue Impulse für das Europäische Arbeitsrecht durch die Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes (1984–1992) 20
1. Die Europäische „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer" 22
a) Der Inhalt der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer 23
b) Die inhaltlichen Neuerungen der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer 23
2. Das Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte 25
3. Die Bedeutung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer für die Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes 25
a) Der fehlende Rechtscharakter der Gemeinschaftscharta und des Aktionsprogrammes 26
b) Das Ausscheren Großbritanniens aus dem Geltungsbereich der Gemeinschaftscharta und des Aktionsprogrammes 26

c) Der mögliche Einfluß der Gemeinschaftscharta und des Aktionsprogrammes auf die Entwicklung und Gestaltung Europäischen Arbeitsrechtes . . . 26
V. Die Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes nach dem „Maastrichter Vertrag" (ab 1992) . . . 27
1. Der arbeitsrechtliche Inhalt des Abkommens über die Sozialpolitik . 28
2. Der Geltungsbereich des Protokolles und des in ihm enthaltenen Abkommens über die Sozialpolitik . . . 29
VI. Das Europäische Arbeitsrecht nach dem „Vertrag von Amsterdam" . . 30
1. Die wesentlichen arbeitsrechtlichen Neuerungen des Amsterdamer Vertrages . . . 30
2. Neuerungen des Vertrages von Nizza . . . 34
a) Neuerungen der Beschlußfassung und im Gesetzgebungsverfahren 34
b) Die Charta der Grundrechte . . . 34
3. Das Europäische Arbeitsrecht des EG-Vertrages/Amsterdamer Fassung . . . 36
a) Der Charakter der nach Art. 137 EG-V zu erlassenden Norm . . 38
b) Aus dem Art. 137 EG-V ausgenommene Regelungsbereiche . . 39
c) Die Kompetenzen der Sozialpartner in der EU . . . 39
C. Ausblick: Die zukünftige Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes . . 42
I. Die Anpassung des Arbeitsrechtes in Europa an veränderte Anforderungen und Strukturen europaweit tätiger Unternehmen . . . 42
II. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Wettbewerbsgleichheit zwischen europäischen Unternehmen und den nationalen Volkswirtschaften der einzelnen europäischen Mitgliedsländer durch die Vereinheitlichung von nationalem Arbeitsrecht . . . 44
III. Die Weiterentwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes durch die Fortentwicklung des Europäischen Gesellschaftsrechtes . . . 46
IV. Europäisches Arbeitsrecht und Unionsbürgerschaft . . . 48
D. Die Rechtsquellen des Europäischen Arbeitsrechtes . . . 51
I. Völkerrechtliche Normen des Europäischen Arbeitsrechtes . . . 52
II. Normen des Europäischen Arbeitsrechtes im EG-Vertrag (Das Primärrecht) . . . 53
III. Das arbeitsrechtliche Sekundärrecht der Gemeinschaften . . . 55
1. Die Verordnung im Europäischen Arbeitsrecht . . . 56
2. Richtlinien im Europäischen Arbeitsrecht . . . 56
a) Die unmittelbare Wirkung von Richtlinien für und gegen europäische Bürger . . . 56
b) Keine Benachteiligung des Bürgers durch eine unmittelbare Wirkung von Richtliniennormen . . . 57
c) Keine „horizontale" Wirkung nicht rechtzeitig umgesetzter Richtlinien . . . 58
d) Schadensersatzansprüche gegen den nationalen Gesetzgeber im Falle der nichtpflichtgemäßen Umsetzung von Richtlinien . . . 62
aa) Die Voraussetzungen des „Europäischen Schadensersatzanspruches . . . 63
bb) Art und Höhe des Schadensersatzanspruches . . . 65
cc) Die Bedeutung des „Europäischen Schadensersatzrechtes" für die nationalen Rechtsordnungen . . . 66
3. Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen . . . 68
4. Sonstige Rechtsquellen des Europäischen Arbeitsrechtes . . . 69
a) Europäisches Gewohnheitsrecht . . . 69
b) Richterrecht . . . 70
aa) Der Begriff des Richterrechts . . . 72
bb) Der Bindungscharakter des Europäischen Richterrechts in juristischer und faktischer Sicht . . . 72
cc) Beispiele . . . 73

E. Modelle der Rechtsvereinheitlichung im Europäischen Arbeitsrecht 76
I. Die Schaffung eines eigenständigen Europäischen Arbeitsrechtes . . . 76
II. Angleichung nationaler Arbeitsrechtsnormen 77
III. Harmonisierung durch Rechtskoordinierung 79
F. Die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips bei der gemeinschaftsweiten Vereinheitlichung und Schaffung des Europäischen Arbeitsrechtes 81
G. Das Verhältnis des Europäischen Arbeitsrechtes zu den nationalen Arbeitsrechtsordnungen 82
H. Das Normsetzungssystem im Europäischen Arbeits- und Sozialrecht 84
I. Das Vorschlagsverfahren 84
II. Das Verfahren der Zusammenarbeit 89
III. Das Verfahren der Mitentscheidung 90
IV. Das Normsetzungsverfahren der Sozialpartner 94
V. Das Verfahren zum Erlaß von Empfehlungen und Stellungnahmen und sonstiger Rechtsakte 94
VI. Besonderheiten des EGKS-Vertrages 96
VII. Das Verfahren zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen 96
1. Die Kompetenz der Kommission zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen 96
2. Durchführung des Europäischen Arbeitsrechtes durch die Sozialpartner 97

2. Teil. Das materielle Europäische Arbeitsrecht

A. Das individuelle Europäische Arbeitsrecht 105
I. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa 106
1. Die Bedeutung der Freizügigkeit für den europäischen Arbeitnehmer 108
2. Der Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit 109
a) Die Zuordnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Öffentlichen und Privaten Recht der Mitgliedstaaten 110
b) Die Arbeitnehmerfreizügigkeit als „zweckgebundenes Recht" . . 110
c) Arbeitnehmerfreizügigkeit des Art. 39 ff. EG-V und die allgemeine Gewährleistung der Freizügigkeit durch das Europäische Recht 111
aa) Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und das „Schengener Übereinkommen" 111
bb) Das allgemeine Grundrecht auf Freizügigkeit des Art. 18 EG-V 112
3. Der Begriff des Arbeitnehmers im Sinne der Art. 39 ff. EG-V 113
4. Die Ausgestaltung des Freizügigkeitsrechtes im einzelnen 118
a) Die Ausreisefreiheit europäischer Arbeitnehmer 119
b) Die Einreisefreiheit 119
c) Zugang zum Arbeitsmarkt 121
d) Das Arbeitsrecht 124
e) Das Aufenthaltsrecht 125
5. Die Ausweitung der Freizügigkeit auf weitere Personengruppen . . 127
a) Die Erstreckung der Freizügigkeit des europäischen Arbeitnehmers auf dessen Ehegatten 128
b) Die Erstreckung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die Kinder des Arbeitnehmers 131
aa) Der berechtigte Personenkreis 131
bb) Das Recht auf Ausbildung 132
c) Die Erstreckung der Freizügigkeit auf Verwandte und Angehörige des europäischen Arbeitnehmers 133
d) Die Erstreckung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmer 136
e) Die Erstreckung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Studenten . . 139

6. Die Garantie der Arbeitnehmerfreizügigkeit durch das Gleichbehandlungsrecht des europäischen Arbeitnehmers zu seinen inländischen Kollegen . . . 142
a) Die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit durch die Gleichbehandlung des europäischen Arbeitnehmers und seiner Familienangehörigen . . . 142
aa) Die Gleichbehandlung des europäischen Arbeitnehmers im individualarbeitsrechtlichen Bereich . . . 143
(1) Die Gleichheit der Einstellungschancen . . . 144
(2) Die Gleichbehandlung des europäischen Arbeitnehmers in sonstigen Bedingungen des individuellen Arbeitsverhältnisses . 147
(3) Die Gleichheit des europäischen Arbeitnehmers in seinen sozialen Lebensbedingungen . . . 151
bb) Die Gleichbehandlung der Familienangehörigen des europäischen Arbeitnehmers . . . 154
cc) Die Gleichbehandlung aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedener und deren Familienangehörigen . . . 157
dd) Die Gleichbehandlung von Auszubildenden und Studenten . . 158
ee) Grenzen der Gleichbehandlung . . . 158
b) Die Gewährleistung der Freizügigkeit durch die Anerkennung von Hochschuldiplomen . . . 159
c) Die Gewährung des Freizügigkeitsrechtes europäischer Arbeitnehmer im „Europäischen Sozialrecht" . . . 161
d) Die Gewährung des Freizügigkeitsrechtes europäischer Arbeitnehmer im „Europäischen Steuerrecht" . . . 166
7. Die Berufung des Arbeitgebers auf die Rechtsposition der Freizügigkeit europäischer Arbeitnehmer oder die „Prozeßstandschaft" im europäischen Recht der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . 168
8. Die Grenzen des Freizügigkeitsrechtes . . . 169
a) Beschäftigungsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung . . . 171
b) Die Einschränkung der Freizügigkeit durch die Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit . . . 173
aa) Der persönliche Anwendungsbereich der Richtlinie 64/221/EWG . . . 174
bb) Der sachliche Anwendungsbereich der Richtlinie 64/221/EWG . . . 174
(1) Einschränkung der Freizügigkeit aus Gründen des öffentlichen Gesundheitswesens . . . 175
(2) Einschränkung der Freizügigkeit aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung . . . 175
II. Die Gleichstellung von Männern und Frauen im Europäischen Arbeitsrecht . . . 180
1. Gesetzgeberische Motive der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im europäischen Arbeitsleben . . . 184
2. Die Erscheinungsformen der Ungleichbehandlung . . . 185
a) Fälle unmittelbarer Geschlechterdiskriminierung . . . 186
aa) Die Entgeltgleichheit . . . 186
(1) Der Entgeltbegriff . . . 188
(a) Die Leistung des Arbeitgebers zur staatlichen Sozialversorgung als „Entgelt" des Arbeitnehmers . . . 191
(b) Die Leistung des Arbeitgebers zu betrieblichen Versorgungssystemen als „Entgelt" des Arbeitnehmers . . 192
(2) Die Festsetzung des Leistungsbezugsalters als „Entgeltdiskriminierung" . . . 193
(3) Entgeltgleichheit oder/und Lohngerechtigkeit . . . 196

bb) Die Gleichstellung von Männern und Frauen hinsichtlich der sonstigen Arbeitsbedingungen 198
(1) Der gleichberechtigte Zugang zur Berufsausübung 200
(2) Die gleichen Bedingungen im Rahmen der Ausübung der Arbeit 204
(4) Die Gleichstellung der Geschlechter bei der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses 205
b) Die mittelbaren Diskriminierungen 210
aa) Fallgruppen der „mittelbaren" Diskriminierung 211
(1) Ehe- und Familienstandsspezifische mittelbare Diskriminierungen 211
(2) Teilzeitarbeit 212
bb) Kritik: Unbestimmbarkeit des Begriffes der „mittelbaren" Diskriminierung 219
cc) Die Möglichkeit der „Rechtfertigung" der „mittelbaren Diskriminierung" 221
3. Sonderfragen: Der Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau im Recht der sozialen Sicherung 226
a) Die gesetzliche Sozialversicherung 226
b) Die betriebliche Altersversorgung 228
aa) Die Auswirkung der Entscheidungspraxis des EuGH auf die Gestaltung von Systemen betrieblicher Altersversorgung . . . 232
bb) Kritik 233
(1) Wertungswidersprüche zur gesetzlichen Sozialversicherung 233
(2) Wertungswidersprüche zum Recht der Abfindungsgewährung 234
cc) Problemlösung 237
4. Ausnahmen von der Verpflichtung zur Gleichbehandlung 238
a) Der „Beurteilungsspielraum" der Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Ausnahmetatbestände 244
b) Die „positive Diskriminierung" als Ausnahmefall des Gleichstellungsgrundsatzes 245
5. Beweislast beim Nachweis einer geschlechtsbezogenen Diskriminierung 250
6. Die Rechtsfolgen der Ungleichbehandlung 252
a) Pauschalierung des Schadensersatzes 255
b) Der Ausschluß des Rechtsfolgenanspruches einer Diskriminierung 257
c) Schadensersatzansprüche gegen den Staat als Arbeitgeber 259
III. Sonderfragen der vertraglichen Gestaltung von Arbeitsverhältnissen nach dem Europäischen Arbeitsrecht 260
1. Der Schutz der Menschenwürde des Arbeitnehmers 262
2. Die schriftliche Unterrichtung des Arbeitnehmers über seine Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag 264
3. Der Schutz personenbezogener Arbeitnehmerdaten in den Europäischen Gemeinschaften 267
4. Die Regelung der Arbeitszeit im Europäischen Recht 277
5. Die Regelung der Arbeitsvergütung im Europäischen Binnenmarkt 280
6. Flexibilisierung der Arbeitszeit im Europäischen Arbeitsrecht 282
a) Der Richtlinienvorschlag über Arbeitsbedingungen in bestimmten Arbeitsverhältnissen 285
b) Der Richtlinienvorschlag über Arbeitsverhältnisse im Hinblick auf Wettbewerbsverzerrungen 287
c) Der Richtlinienvorschlag zur Ergänzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Zeitarbeitnehmern 289

d) Die Richtlinie 91/383/EWG zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis 290
7. Die Anwendung des Europäischen Arbeitsrechtes auf „entsandte" Arbeitnehmer 293
a) Der allgemeine Grundsatz der Anwendung des Europäischen Arbeitsrechtes 293
b) Sozialversicherungrechtliche Sondervorschriften 294
c) Europäisches Arbeitsrecht nach der „Entsenderichtlinie" 295
8. Der Kündigungsschutz im Europäischen Arbeitsrecht 298
IV. Die Sonderstellung bestimmter Arbeitnehmer im Europäischen Arbeitsrecht 316
1. Der Mutterschutz im Europäischen Arbeitsrecht 317
2. Der Elternurlaub 323
3. Der Jugendarbeitsschutz 323
4. Das Europäische Arbeitsrecht und der Schutz behinderter Arbeitnehmer 327
V. Das Berufsbildungsrecht der Gemeinschaft 329
VI. Der Europäische Arbeitsschutz 332
1. Der technische Arbeitsschutz 334
a) Die Systematik 340
b) Die Auswirkungen der europäischen Normen des technischen Arbeitsschutzes auf das nationale Arbeitsschutzrecht der Mitgliedstaaten 345
aa) Das Europäische Recht der „Mindestvorschriften" 346
bb) Die Anforderungen des Europäischen technischen Arbeitsschutzes selbst an Mitgliedsländer mit hohem Schutzniveau im technischen Arbeitsschutz: dargestellt am Beispiel Deutschlands 346
cc) Technischer Arbeitsschutz versus Verkehrsfreiheit von Produkten auf dem Europäischen Markt? 347
2. Sozialer Arbeitsschutz 355
a) Der Schutz des Arbeitnehmers bei Massenentlassungen 356
aa) Sonderfrage: Die Eigenkündigung des Arbeitnehmers als Tatbestand der vorweggenommenen Massenentlassung 357
bb) „Kozernkündigungen" 359
cc) Sonderfrage 360
dd) Spezialprobleme der Anwendung der Richtlinie 98/59/EG in Konzernunternehmen 362
(1) Die Berechnung der zur Anwendung der Richtlinie 98/59/EG maßgeblichen Arbeitnehmerzahl 362
(2) „Konzernkündigungen" 363
b) Der Schutz europäischer Arbeitnehmer bei Betriebsübergängen . 363
aa) Sicherung des Arbeitsverhältnisses im Betriebsübergang . . . 365
bb) Der Widerspruch des Erwerbers oder Veräußerers gegen den Übergang der Arbeitsverhältnisse 366
cc) Das Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers gegen den Betriebsübergang 366
dd) Der Tatbestand des Betriebsüberganges 367
ee) Neuere Entwicklungen in der Beurteilung von Betriebsübergängen 375
ff) Sonderfragen der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer beim Betriebsübergang 378
c) Der Schutz des europäischen Arbeitnehmers bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers 379
B. Das Europäische Kollektive Arbeitsrecht 382
I. Der Begriff des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes 383

II. Gesellschaftspolitische Schwierigkeiten beim Entstehen des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes 384
III. Rechtsnormen des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes 385
1. Grundlegende Regelungen des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes 385
2. Die Rechtsgebiete des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes im einzelnen 387
a) Das Koalitionsrecht der europäischen Arbeitnehmer 387
b) Das Tarifvertragsrecht 389
aa) Der „Europäische Tarifvertrag" 390
bb) Die Umsetzung der Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern 391
c) Das Europäische Arbeitskampfrecht 393
d) Das Anhörungs- und Unterrichtungsrecht der Arbeitnehmer . . 394
e) Die Arbeitnehmerbeteiligung bei Entscheidungen im Unternehmen und Betrieb 395
aa) Der Europäische Betriebsrat 396
(1) Der Geltungsbereich der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat 398
(2) Das Verfahren zur Einrichtung eines Europäischen Betriebsrates 399
(3) Die Ausgestaltung und Funktion des Europäischen Betriebsrates 401
(4) Bewertung der Wirkungsweise des Europäischen Betriebsrates 404
(5) Die nationalen Betriebsratssysteme in Europa 406
(6) Die Auswirkungen der Richtlinie 94/45/EG auf das Betriebsverfassungsrecht der Mitgliedstaaten 424
bb) Die Beteiligung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene . 425
cc) Arbeitnehmermitwirkung in „europäischen Gesellschaftsformen", dargestellt anhand der Europäischen Aktiengesellschaft . 427
(1) Die Europäische Aktiengesellschaft 427
(a) Das in den Niederlanden und Deutschland vorherrschende Dualistische System 428
(b) Das für den englischen und romanischen Rechtskreis typische Monistische System 429
(2) Die Arbeitnehmermitbestimmung in den Organisationsmodellen der Europäischen Aktiengesellschaft 430
(a) Das Modell der organisatorischen Partizipation 431
(b) Die Arbeitnehmerbeteiligung in einem separaten Organ . . . 433
(c) Die Arbeitnehmerbeteiligung in anderen Modellen 435
(3) Wahl der Arbeitnehmerbeteiligungsmodelle 435
(a) Die Wahl des Beteiligungsmodelles der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung 435
(b) Die nachträgliche Änderung des Beteiligungsmodelles 436
(c) Die Einführung eines der Arbeitnehmerbeteiligungsmodelle nach der Gründung der Gesellschaft 436
(4) Bewertung der Arbeitnehmermitbestimmung in europäischen Gesellschaftsformen 437
f) Die Arbeitnehmerbeteiligung am Unternehmensgewinn 438
C. Exkurs: Die Ausweitung des Europäischen Arbeitsrechtes auf ausländische Arbeitnehmer 441

3. Teil. Zusammenfassung und Ausblick

A. Bedeutung und Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes 445
B. Historische Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes 446
C. Die Normen des Europäischen Arbeitsrechtes 447

D. Die Stellung des Europäischen Arbeitsrechtes zum nationalen Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten 450
E. Das Materielle Europäische Arbeitsrecht 450
I. Europäisches Individualarbeitsrecht 450
1. Das Freizügigkeitsrecht des europäischen Arbeitnehmers 451
2. Die Gleichstellung von Mann und Frau im Europäischen Arbeitsrecht 453
3. Die vertragliche Gestaltung europäischer Arbeitsverhältnisse nach dem Europäischen Arbeitsrecht 456
4. Das Europäische Arbeitsschutzrecht 458
a) Der technische Arbeitsschutz 458
b) Der soziale Arbeitsschutz 459
II. Das Kollektive Europäische Arbeitsrecht 460
1. Europäisches Tarifvertragsrecht 460
2. Europäisches Betriebsverfassungsrecht 461
3. Unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmer 462
F. Ausblick: Die weitere Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes 462
I. Die Abhängigkeit der Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes von der des Europäischen Gesellschaftsrechtes 463
II. Europäisches Arbeitsrecht und Wettbewerbsgleichheit 463
III. Die „Europäisierung" der Unternehmen als Motor des Europäischen Arbeitsrechtes 464
IV. Die Bedeutung „europäischer Grundfreiheiten" für das Europäische Arbeitsrecht 464

Anhang

Entscheidungsregister 467
Literaturverzeichnis 485
Sachregister 493